

M | 1 PKW-Maut und EU-Recht



Foto: kamasigns/Fotolia

Antwort der EU-Kommission auf eine Parlamentarische Anfrage vom 28. Oktober 2013.

Mautsysteme müssen [...] - sofern sie für Personenkraftwagen gelten - mit den allgemeinen Grundsätzen des EU-Vertrags im Einklang stehen. [Demnach] ist eine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten. Die Erhebung von Abgaben fällt in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. [...]

Quelle: Parlamentarische Anfragen. 28. Oktober 2013. P-011520/2013. Antwort von Herrn Kallas im Namen der Kommission, in: www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2013-011520&language=DE

M | 2 Streit um die deutsche PKW-Maut

Bundesverkehrsminister Dobrindt stellt Konzept der PKW-Maut vor. Deutsche Autofahrer sollen im Gegenzug bei der Kfz-Steuer entlastet werden. Dobrindt verspricht: „Kein deutscher Autofahrer wird zusätzlich belastet!“ (Juli 2014)

Europäische Kommission äußert sich kritisch. Eine Maut, die nur Ausländer belastet, stelle eine Diskriminierung dar, die nach den EU-Verträgen verboten sei. (September 2014)

Europa-Maut? Wenige Tage vor einem Berlin-Besuch macht sich die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc für eine europaweite PKW-Maut stark. Damit geraten die deutschen Pläne einer PKW-Maut in Bedrängnis. (Januar 2015)

Bundestag beschließt PKW-Maut (März 2015)

Bundesrat billigt PKW-Maut (Mai 2015)

EU-Kommission eröffnet wegen des Maut-Gesetzes ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Begründung: Die von Dobrindt geplante Entlastung inländischer Nutzer durch die Absenkung der Kfz-Steuer führte de facto zu einer Befreiung inländischer Nutzer von der Straßennutzungsgebühr. Die deutsche Regierung hat nun Gelegenheit, sich zu den Vorwürfen zu äußern. (Juni 2015)

Vertragsverletzungsverfahren. Die EU-Kommission kündigt an, im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen Deutschland einzureichen. (September 2016)

Quelle: Zeitungsheadlines nach Autor

M | 3 Meinungen zu Europa im Maut-Streit

EU-Parlamentarier: „Der Bürger Europas muss im Mittelpunkt stehen!“

MdB: „Wir sind gewählte Vertreter des deutschen Volkes und müssen seine Interessen vertreten.“

EU-Kommissar: „Die europäischen Verträge sichern den Ausgleich der Interessen der Nationen. Sie dürfen nicht nationalen Alleingängen geopfert werden!“

Bundesverkehrsminister: „Entscheidungen über deutsche Straßen müssen der deutschen Politik obliegen. Das ergibt sich auch aus dem Subsidiaritätsprinzip.“

Bürger aus Deutschland: „Das vereinte Europa ist eine wichtige Sache, aber meine eigenen Interessen dürfen nicht zu kurz kommen!“

Bürger aus dem EU-Ausland: „Das vereinte Europa ist eine wichtige Sache, aber meine eigenen Interessen dürfen nicht zu kurz kommen!“

Quelle: Autorentext

AUFGABEN

1. Fasst den Konflikt um die PKW-Maut zusammen (**M 1, M 2**).
2. „Der Streit um die PKW-Maut: Sind die Deutschen der Brüsseler Politik ausgeliefert?“ Bereitet eine Talkshow zu diesem Thema vor, besetzt die Rollen gemäß **M 3** und führt sie durch.
3. Erörtert die Bedeutung der Europäischen Union für das Leben der Unionsbürger.